

„Nachholende Modernisierung“ in Ostdeutschland? - Der Mentalitäts-Lag und das Dilemma der Eliten -

Die Transformationen der postsozialistischen Gesellschaften nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Real-Sozialismus warfen von Beginn an die Frage nach dem Typus und der Qualität dieser Prozesse auf. Und es war Jürgen Habermas, der frühzeitig verkündete, dass es sich hier nur um „nachholende Modernisierungen“ handelt.⁽¹⁾ Um Vorgänge also, die das nachholen, was es im Westen schon lange gibt: nämlich bürgerliche Demokratie, Rechtsstaat, freie Medien und Presse, eine moderne kapitalistische Produktionsweise und die westliche Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft. Damit war dann auch klar, dass diese Transformationen „kein neues Licht“ auf die Fragen der Moderne werfen. Modernisierung ist in dieser Sicht identisch mit der Anpassung der „Zurückgebliebenen“ Ostler an das westliche System. Die Frage, ob und inwieweit die Gesellschaften im Osten auch über erhaltenswerte (moderne, zivilisatorische) Aspekte verfügen, die man im Zuge der Transformation hätte erhalten, modifizieren oder weiterentwickeln können, spielt(e) im Grunde keine Rolle.

Der Umbruch in Ostdeutschland stellt dabei einen Sonderweg dar, denn hier fand keine Systemumgestaltung statt - dann hätte das soziale System der DDR umgewandelt bzw. reformiert werden müssen -, sondern die vollständige Übernahme des bundesdeutschen Institutionensystems durch das Beitrittsgebiet der ehemaligen DDR in Form einer Schock-Therapie. Und dieser „West-Ost-Modelltransfer“ ging – was den Erfolgsoptimismus betraf - offenkundig von der stillschweigenden Annahme aus, dass die bundesdeutschen Institutionen in den neuen Bundesländern rasch ihre Kraft entfalten und dass sie von den Ostdeutschen mit Begeisterung, großer Lernwilligkeit und Anpassungs-bereitschaft aufgenommen, akzeptiert und mit Leben erfüllt werden. Man könnte dies als die These von der raschen kulturellen West-Modernisierung des Ostens durch Institutionentransfer bezeichnen. Sie beinhaltet in Bezug auf den Beitritt der DDR zur BRD die Erwartung, dass zugleich mit der Implementierung der westlichen Institutionen rasch eine nachholende kulturelle Modernisierung Ostdeutschlands nach westlichem Vorbild stattfindet. Man hoffte und glaubte allgemein, dass der Osten in relativ kurzer Zeit – katalysiert durch den Import der westlichen Institutionen und Eliten – nach dem Vorbild des Westens geformt werden könnte. Dieser Glaube, dass es 5 Jahre oder vielleicht 10 Jahre dauert, bis das vereinigte Deutschland ein Land ist, in dem es zwischen West und Ost kaum noch Unterschiede gibt und in dem man „Wessis“ und „Ossis“ nicht mehr von einander unterscheiden kann, ist durch Realität widerlegt worden. Eine Angleichung von West und Ost hat in einigen Bereichen durchaus statt gefunden. Aber vor allem nicht oder weniger dort, wo es um das Zusammenleben, um die Werte und die Mentalität, um die Verteilung des „ökonomischen Kapitals“ und um die Verfügung über Macht und Einfluss (Elitenzugang) geht. Zwischen West und Ost bestehen auch im dreißigsten Jahr des Mauerfalls noch signifikante mentale, kulturelle und auch ökonomische Unterschiede. Diese scheinen nicht abzunehmen, sondern sich sogar zu verstetigen. Wir sollten akzeptieren, dass die These von der nachholenden Modernisierung im Sinne einer raschen kulturellen Westanpassung der Ostdeutschen so nicht funktioniert hat und auch nicht funktioniert. Der Versuch bzw. das Großexperiment, den Osten - mithilfe des Institutionen- und Elitentransfers – nach dem Vorbild des Westens zu formen, darf als gescheitert angesehen werden.

Fünf Thesen zu den Problemen eines Systemwandels mittels des Transfers von Institutionen und Eliten.

Ich vertrete grundsätzlich die Auffassung, dass ein bloßer Transfer von bewährten Institutionen in ein anderes System- und Kulturgebiet per se noch keine kulturelle Modernisierung bringt und dass dieser Transfer an sich auch nicht garantiert, dass die implementierten Institutionen und Regularien so effektiv und unproblematisch funktionieren wie im (westlichen) Ursprungs-Modell. Kultur kann man nicht einfach verpflanzen oder übertragen, denn sie ist im Kontext der jeweiligen Gesellschaft verankert und codiert.

These 1 – Der „Mentalitäts-Lag“.

Das bundesdeutsche West-Modell wurde auf ein Gebiet und auf Menschen übertragen, die sich – obwohl es sich um einen „Teil Deutschlands“ handelte – in Fragen der Mentalität und der kulturellen Prägung von der westdeutschen Gesellschaft weit mehr unterschieden als man allgemein dachte. Und diese ostdeutsche Mentalität wird durch den Systemwechsel nicht plötzlich aufgehoben, sondern wirkt längere Zeit als eine Art „Cultural Lag“ (2) im Transformationsprozess fort.

Die Deutschen hatten nach dem zweiten Weltkrieg ihr Leben in unterschiedlichen Staaten und andersartigen sozialen Systemen einrichten und gestalten müssen. Sie wurden in den über vierzig Jahren des Getrenntseins durch die systemischen Umstände stärker geprägt und sind dadurch auch in ihrer Mentalität unterschiedlicher, als man gemeinhin annahm. Wenn das so ist, dann gibt es nach der Wende sowohl eine westdeutsche als auch eine ostdeutsche Mentalität, die sich voneinander unterscheiden und die ein unterschiedliches Ansehen genießen. Die westdeutsche Mentalität wurde mit dem „Sieg des westlichen Systems“ zum Leitstandard für das gesamte neue Deutschland, während die ostdeutsche Mentalität zum Merkmal bzw. Stigma der Verlierer degradiert wurde. Aber diese ostdeutsche Mentalität verschwindet mit dem Übergang in das westliche System nicht sofort, sondern wirkt (bei allen Modifikationen) fort und erzeugt so eine spezielle kulturelle Phasenverschiebung, das heißt einen „Mentalitäts-Lag“. Dieser besteht darin, dass die Ostdeutschen mit ihrer ganzen Denk- und Lebensart nicht recht zu den westlichen demokratischen Institutionen passen, die im Vollzuge der Vereinigung im Eilverfahren in Ostdeutschland implementiert wurden. Ostdeutsche Mentalitätsmuster werden zwar im Verlaufe der Nach-Wende-Zeit durchaus modifiziert, aber ihr „harter Kern“ bleibt offenbar zunächst erhalten, insbesondere bei den Ostdeutschen, die durch das DDR-System sozialisiert und geprägt sind. Man kann davon ausgehen, dass sich der „ostdeutsche Mindset“ im Verlaufe der Zeit allmählich abschwächt und bei nachfolgenden Generationen von Ostdeutschen demografisch „auswächst“. Es ist allerdings schwer zu sagen, wann und wie das geschehen wird. Der Prozess dauert bereits jetzt länger und verläuft komplexer, als man allgemein angenommen hatte.

Wenn die These vom Cultural Lag zutrifft, dann war die Ausgangslage für die „Modernisierung“ Ostdeutschlands Anfang der 1990er Jahre erheblich anders, als sich das die meisten der Akteure und Protagonisten des „Systemwechsels“ vorgestellt hatten.

Denn die ehemaligen DDR-Bürger waren herausgefordert und gezwungen, den sozialen Umbruch für eine längere Zeit auf Basis ihrer DDR-geprägten Mentalitätsressourcen zu bewältigen. Letzteres wurde zu Beginn der 1990-er Jahre allerdings von einer Mehrheit der politischen Gestalter und der offiziellen Medien und Denktanks nicht so erkannt. Die Frage ist, was charakterisiert diese ostdeutsche Mentalität und wie wirkt sich der damit verbundene Mentalitäts-Lag im ostdeutschen Transformationsprozess aus? Um diese Frage genauer zu beantworten, braucht es gewiss noch eingehender Untersuchungen. Auf einige Aspekte möchte ich kurz eingehen.

Ostdeutsche sind in ihrer ganzen Lebenseinstellung, in ihren Werten sowie in ihrem Verhältnis zum Staat traditioneller geprägt als die – stärker postmodern aufgestellten – Westdeutschen.

Typisch für Ostdeutsche, insbesondere für jene mit DDR-Prägung, ist eine relativ hohe Erwartungshaltung an den Staat und die Eliten, was die Regelung von Fragen des Gemeinwohls betrifft. Diese wird allerdings von Aversionen gegen ideologische Bevormundung, Abneigungen gegen staatstragende Medien sowie gegen „Denkverbote und Sprachregelungen“ im allgemeinen geprägt.

Die ehemaligen DDR-Bürger waren – so Befunde der Werteforschung – in ihren Werteprofil weit „preußischer“ als die Westdeutschen und stärker als diese von den sogenannten Pflicht- und Akzeptanz-Werten bestimmt. Und dieses traditionelle Mental-Gepäck nahmen sie in die Nachwende-Zeit mit. Auch in der DDR setzte ein Wandel zu den Selbstentfaltungswerten ein – allerdings später und verzögert im Vergleich zur alten BRD. Die typischen DDR-Bürger, insbesondere die älteren Generationen, orientierten sich bei ihrer Neu(er)findung in der westlichen Systemwelt an Leitwerten wie Ordnung, Disziplin, Leistung, Pflichterfüllung und Gemeinschaft. Der Wertewandel erfasste Ende der 1970er Jahre vornehmlich die jüngeren DDR-Generationen. Diese waren es auch vor allem, die Ende der 1980er der DDR dann den Rücken kehrten.

Wer die DDR verstehen will, der sollte akzeptieren, dass eine Mehrheit der Ostdeutschen mit dem Dasein in dieser autoritären Gesellschaft auch viele positive Erfahrungen verbinden. Viele Ostdeutsche sehen ihre Lebensweise in der DDR nicht nur durch staatliche Kontrolle und Überwachung fremdbestimmt, sondern auch von Freundschaft, echter Kollegialität und solidarischem Miteinander geprägt. In staatstragenden Organisationen, Brigadekollektiven oder in diversen informellen Gemeinschaftsformen brodelte oft ein durchaus eigenständiges (basisdemokratisches) Leben, das sich der zentralen (staatlichen) Kontrolle entzog, aber mit dem politischen System zumeist dennoch eng verknüpft war. Solches eigenständige Engagement entfaltete sich eben nicht nur in den sogenannten Nischen der Gesellschaft oder unter dem Dach der Kirche, sondern auch unter dem Dach von staatlichen bzw. staatsnahen Organisationen. DDR-Bürger hatten gelernt,

die staatlichen Strukturen für sich zu nutzen, nicht zuletzt auch als Freiräume für selbstbestimmtes Engagement. Es gab so etwas wie das Prinzip der formalen Akzeptanz von Obrigkeit als Selbstschutz für die selbstbestimmte Ausgestaltung von Freiräumen im eigenen Lebensbereich. Der gelernte DDR-Bürger suchte den formellen Konsens mit der staatlichen oder parteilichen Macht, um unter dem Schutz dieses Konsens das zu tun, was man entsprechend seiner Interessen gern wollte. Wer die DDR verstehen will, der sollte jedoch vor allem begreifen, *dass die DDR eine industrielle Arbeits- und Leistungsgesellschaft war*. Die Arbeit und die Betriebe bildeten den Mittelpunkt des sozialen Zusammenlebens in diesem System. Die Betriebskollektive hatten oft auch den Charakter von Solidargemeinschaften, in denen gegenseitige Hilfe eine Selbstverständlichkeit war. Hier bildeten sich freundschaftliche und kameradschaftliche Beziehungen heraus, die weit über den unmittelbaren Arbeitsbereich hinausreichten. Und viele DDR-Bürger haben nicht nur mit der Faust in der Tasche an verordneten Versammlungen teilgenommen, sondern haben sich durchaus aktiv eingebracht und gerade in der Arbeitswelt auch Formen der demokratischen Mitsprache und der direkten Mitgestaltung erlebt. Wenn man es so sehen will, dann haben DDR-Bürger hier Erfahrungen mit einer speziellen Art von direkter oder „konsensueller“ Demokratie gemacht, die in einen autoritären (sozialistischen) Systemkontext eingebettet war. Wenn wir diese andere System-Erfahrungen unterstellen, dann könnte sich erweisen, dass das, was soziologische Studien als mangelndes Demokratieverständnis bei Ostdeutschen ausmachen, vermutlich etwas anderes ist: nämlich ein anderes Verständnis von Demokratie.

Viele der ehemaligen DDR-Bürger erkennen offenbar erst im Nachhinein – nach dem Untergang der DDR – wie stark ihre Prägung durch dieses System ist, das viele von ihnen kritisiert, abgelehnt oder auch bekämpft haben, aber mit dem sie in ihrer komplexen Lebensgestaltung auch vielfältig verbunden waren. Das ist die wirkliche soziokulturelle Erbmasse des „Arbeiter- und Bauernstaates“. Diese „Kultur-DNA“ prägt alle DDR-Bürger in irgendeiner Art und Weise, auch die, die in der Opposition zum Staat gelebt oder diesen später verlassen haben. Wer verstehen will, was heute in Ostdeutschland passiert, der muss die DDR und ihre Nachwirkungen verstehen.

Wenn man die Nachwende-Entwicklung in Ostdeutschland betrachtet, lassen sich mindestens folgende Phasen im mentalen Wandel unterscheiden.

Phase 1: Schock und radikale Entwertung der Routinen und Qualifikationen

Die plötzliche Transplantation des West-Modells auf das Gebiet der ehemaligen DDR war zunächst mit dramatischen Entwertungen und Verlusten für die Ostdeutschen verbunden. Das wurde vielfach auch beschrieben, aber man hat es in seiner Bedeutung und nachhaltigen Wirkung zu wenig verstanden und beachtet. Mit der Übernahme des bundesdeutschen Rechts- und Institutionensystems waren die Routinen und Qualifikationen der meisten Ostdeutschen nichts mehr wert. Sie agierten plötzlich in einer ihnen fremden Welt von Institutionen und Regelungen, die ihr soziales und kulturelles Kapital entwertete und sie selbst entmündigte. Viele sahen sich in „funktionelle Analphabeten“ verwandelt und fühlten sich wie „Fremde im eigenen Land“. Und diese neuen Unsicherheiten lähmten und frustrierten, nicht zuletzt auch angesichts dessen, dass die meisten der ehemaligen DDR-Bürger den Wert der sozialen Sicherheit bereits als selbstverständliches Gemeingut verinnerlicht

hatten. All dies belastete den Neustart und behinderte die Formierung einer selbstbestimmten und von Selbstbewusstsein inspirierten Veränderungsbewegung der Ostdeutschen, die für ein erfolgreiches Gelingen der Transformation notwendig gewesen wäre. In dieser „neuen schönen, aber komplizierten Welt“ fühlten sich die meisten Ostdeutschen nicht nur unsicher, sie fühlten sich hier zunächst auch den Westdeutschen haushoch unterlegen, ja sie bewunderten in gewisser Weise auch ihre scheinbar überkompetenten Schwestern und Brüder aus dem Westen. Damit korrespondiert der „Hauptmann-von-Köpenick-Effekt“ der ersten Jahre nach der Wende. Um so schlimmer war danach die Ernüchterung, als viele ihre negativen Erfahrungen mit Unwägbarkeiten der neuen Ordnung und mit westdeutschen „Drückerkolonnen“ gemacht hatten.

Phase 2: Anpassung an die neue Ordnungswelt und Einlernen von neuen Verhaltensmustern und Qualifikationen.

Eine ganze Bevölkerungsgruppe, nahezu drei Viertel der arbeitsfähigen Ostdeutschen, setzte sich Anfang der 1990er Jahre nochmal in das Klassenzimmer und ließ sich auf die neuen Anforderungen umschulen, in der Regel in Einrichtungen, die von westdeutschen Aufbauhelfern gegründet oder betrieben wurden. Unter den Umgeschulten waren auch viele hochqualifizierte Fachkräfte (Promovierte, Akademiker, hochqualifizierte Spezialisten und Facharbeiter). Es gehört zu den eigenartigen Effekten dieser Massenumschulungen, dass sich am Ende in Versicherungsgesellschaften, in Stoßtruppen des Vertriebs und Verkaufs oder in Immobilienagenturen ungewöhnlich viele diplomierte und promovierte Sozial- und Geisteswissenschaftler tummelten, zumeist im Status des „einfachen Mitarbeiters“.

Als die Ostdeutschen ihren ersten „Kulturschock“ überwunden und sich mit ihren Qualifikationen für die neue Systemwelt neu aufgestellt hatten, bedeutete das jedoch keineswegs, dass die Mehrheit von ihnen in der neuen Ordnung auch wirklich angekommen war. Dieser Prozess lag für die meisten noch vor ihnen. Denn dieses Ankommen ist ein längerer Prozess und er ist – wie wir heute wissen – von Spannungen und Dissonanzen begleitet. Diese wurden bzw. werden nicht zuletzt durch die Art und Weise, wie Politik oder Medien mit den „ostdeutschen Befindlichkeiten“ in der Nach-Wende-Entwicklung umgehen, entweder verstärkt oder gemindert.

Phase 3: Enttäuschung und Desillusionierung in Bezug auf die zentralen Wende-Erwartungen („blühende Landschaften“, „allen geht es besser“). In dieser Phase befinden sich viele der Ostdeutschen noch heute. Darunter sind nicht wenige, denen es wirtschaftlich gut und besser als in der DDR geht und die sich - was ihre Qualifikationen und ihren Job betrifft - gut mit der Marktwirtschaft und dem kapitalistischen System arrangiert haben. Die Situation erscheint auf den ersten Blick paradox: Die persönliche wirtschaftliche Situation der Menschen hat sich oft verbessert bzw. ist zumindest nicht beunruhigend, aber die Stimmung hat sich verdüstert und das Fremdeln mit dem System, in dem viele Ostdeutsche nach der Wende ihre wirtschaftliche Situation erheblich verbessern konnten, hört nicht auf und nimmt sogar zu. Wer genauer hinsieht, kann erkennen: Das ist nicht paradox, sondern nachvollziehbar, denn der Cultural Lag ist noch nicht geheilt und schwärt weiter als Wunde. Es ist eine Wunde der Mentalität, der Befindlichkeit, der verletzten Würde. Ein Bekannter, welcher der älteren DDR-sozialisierten Generation angehört,

sagte mir letztes: „Sie haben uns den Wohlstand gebracht und die Würde genommen. Jetzt, wo der Wohlstand in Gefahr und bei vielen auch nicht angekommen ist, kommt die Würde nicht zurück.“

Phase 4: Die Ostdeutschen sind im „neuen System“ wirklich angekommen. Sie fühlen sich in der übergroßen Mehrheit als Bürger den Westdeutschen gleichwertig und sie sind als „Bevölkerungsgruppe Ost“ ausreichend in den Eliten in Ost- und Gesamtdeutschland vertreten. In Ostdeutschland gibt es eine intakte Bürgergesellschaft und einen offenen (zivilgesellschaftlichen) Diskurs zu Problemen und Themen der gesellschaftlichen Entwicklung. Menschen engagieren sich in vielfältigen Formen sowohl bürgerschaftlich oder auch als Gestalter von wirtschaftlichen Prozessen (Unternehmer, Mitarbeiter, Manager), etc. In dieser Phase befindet sich Ostdeutschland noch nicht. Was muss geschehen, dass das dahin kommt?

Der kontraproduktive Umgang mit der DDR und den ostdeutschen Biografien.

Wenn es eine spezielle „Werte- und Mentalitätsgemeinschaft“ der ehemaligen DDR-Bürger gibt, die nach dem Untergang der DDR irgendwie fortbesteht und als ungelöster „Cultural Lag“ in die Nachwende-Entwicklung hineinragt, dann ist die Art des Umganges mit dieser Mentalität und deren Herkunft von entscheidender Bedeutung für die Gestaltung der Transformation. Und dann ist auch die Art des Umganges mit der DDR selbst ein kritischer Transformationsfaktor. Wenn der „Cultural Lag“ geheilt werden soll, dann sollte den Menschen Respekt für ihre Leistungen und Biografien in der „alten Systemwelt“ entgegengebracht werden.

Der systemische Kontext: politisches System, individuelle Biografien und ostdeutsche Mentalität.

Medien und offizielle Geschichtsschreibung haben nach der Wende freilich ein Bild der DDR und des realen Sozialismus gemalt, das sich weitgehend auf deren Defekte beschränkt. Es ist zu befürchten, dass damit nicht nur der Blick für das Verständnis des Lebens der Menschen in diesem System verstellt, sondern auch eine öffentliche und mediale Denunziation bzw. Abwertung der meisten ostdeutschen Lebens- und Arbeitsbiografien ausgesprochen wird. Zumindest aber dürfte es von vielen Ostdeutschen so empfunden werden. Ostdeutsche fühlen sich dann mit einer nachträglichen Beschreibung der DDR konfrontiert und belehrt, mit der sie ihre eigenen Erfahrungen und Erlebnisse oft nicht vereinbaren können. Mit der ideologischen Diskreditierung und nachträglichen Kriminalisierung der DDR werden insofern nicht nur Lebensleistungen und Erfahrungen der ehemaligen DDR-Bürger denunziert, vielmehr wird auch ihre soziokulturelle Identität beschädigt und ihr „Ankommen in der neuen Ordnung“ erschwert. Wer zum Beispiel von der DDR als „Unrechts-Staat“ spricht, der sollte damit rechnen, dass bei vielen ehemaligen DDR-Bürgern der Eindruck entsteht, ihre Biografien und Lebensmuster werden mit dem Stempel des Unrechts abqualifiziert. Denn man kann das politische System nicht von den Menschen und ihrem Leben trennen, wie es einige Transformationsdeuter nach dem „Aschenputtel-Prinzip“ tun möchten: In dieses Töpfchen das „Gute“ - die

Biografien oder das Leben der meisten DDR-Bürger. In das andere Töpfchen das „Böse“ - das politische System und seine „Funktionsträger“. Beide Dimensionen – politisches System und persönlicher Lebenslauf - hängen eng zusammen und sind nur in dieser systemischen Symbiose das, was sie sind. Wenn das System pauschal diskreditiert wird, dann werden auch immer irgendwie die Lebensleistungen und Biografien der Menschen, die dort gelebt haben, abgewertet. Zumindest aber die Biografien jener, die sich an das System konform angepasst und sich mit ihm arrangiert haben. Und das ist die Mehrheit. Ähnlich verhält es sich mit pauschalen Abwertungen wie: Die ehemaligen DDR-Bürger sind durch die jahrzehntelange (willfährige) Anpassung an ein autoritäres Regime deformiert und für den aufrechten Gang und ein Leben in der Demokratie (für immer) geschädigt. Solche Deutungen verletzen nicht nur, sie sind auch für das Gelingen der Transformation kontraproduktiv.

Auch die DDR war eine Leistungsgesellschaft. Man machte dort in der Regel Karriere, wenn man etwas gut konnte und nicht weil man die rote Fahne besonders hoch hielt oder besonders linientreu war. Wer die DDR als System pauschal aburteilt, der diffamiert und diskreditiert auch die Leistungsträger dieses Systems. Und das sind nicht ein paar Tausend Nomenklatura-Funktionäre, sondern hunderttausende, ja Millionen von Menschen. Auch hier gilt das systemische Kohäsions-Prinzip: Es hängt alles zusammen und es ist alles nur in diesem Kontext verstehbar: System und Leistungsträger, „Indianer“ und „Häuptlinge“, Engagement in staatskonformen Räumen und Aktivitäten in informellen Nischen, Anpassung und Widerstand. Dieser Effekt wird in einer zentralistisch organisierten Gesellschaft sogar verstärkt, weil hier die Systemnähe oder Systembindung viel stärker ist – besonders bei der Leistungselite – als in eher liberal-demokratisch verfassten Gemeinwesen.

Die Frage - Was war die DDR und wie gehen wir mit ihr nach ihrem Untergang um? - hat daher erhebliche Bedeutung für die Integration der Ostdeutschen und den Vollzug der deutschen Einheit. Wenn man in Betracht zieht, wie die Nach-Wende-Entwicklung in Ostdeutschland bisher medial und ideologisch begleitet worden ist, dann kommt man m.E. nicht umhin, darin einen kontraproduktiven Umgang mit den Ostdeutschen und ihrer Herkunft (DDR) zu sehen. Die bisherige mediale und ideologische Begleitmusik der Transformation klingt für eine Mehrheit der Ostdeutschen einfach zu kakophonisch.

These 2 – Das implementierte Modell erzeugt kulturelle Dissonanzen.

Modell-Implementierungen sind mit kulturellen Abstoßungseffekten im Transfer-Gebiet verbunden, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Und diese können die Akzeptanz und das Funktionieren der neuen Institutionen beträchtlich beeinträchtigen und zu Spannungen in der Gesellschaft führen.

Das implementierte Modell stößt mittelfristig im Transfergebiet - immer irgendwie - auf Abstoßungsreaktionen und Entfremdungseffekte etc., insbesondere dann, wenn die sozialisierten Muster der Menschen, denen das Modell - radikal und rasch, ohne Anpassungen - übergestülpt wird, durch andere bzw. sehr verschiedene Ordnungsprinzipien geprägt und ausgeformt sind. Im Sinne der Cultural Lag-

Hypothese kann man davon ausgehen, dass sich diese Lebensmuster und Werte bei weitem nicht so schnell ändern, wie der Modell-Wechsel erfolgt und es die Annahme bzw. das Funktionieren der Institutionen im neuen Anwendungsraum erfordern würden. Im Gegenteil, man darf erwarten, dass sich die Transformation von Lebensmustern und Werten über einen längeren Zeitraum hinzieht. Denn die Anpassung an solche „vorausseilenden institutionellen Kulturelemente“ (wie z.B. die implementierten Institutionen) geschieht immer mit einer gewissen Verspätung und es ist fraglich, ob sie bei den durch das alte System geprägten und sozialisierten Generationen überhaupt (gut) gelingt. Der „Cultural Lag“ würde so als potentieller Konfliktherd in die Transformation hineinragen. Und solche Abstoßungseffekte treten offenbar auch dann auf, wenn es sich um einen tradierten gemeinsamen „Kulturraum“ bzw. zwei deutsche Staaten handelt, die eine gemeinsame Geschichte und Kultur aufweisen. Das ist vielleicht eine der größten Überraschungen der jüngeren Geschichte. Wenn man als politischer Akteur die Variante der Modell-Transplantation wählt, muss man mit solchen kulturellen Abstoßungseffekten rechnen und den Fokus auf die Herstellung eines Zusammenwachsens von Modell und tradierter Lebenskultur und Mentalität legen.

Der Cultural Lag wurde nicht „geheilt“ sondern verstetigt. Dissonanzen und Spannungen zwischen der tradierten Ost-Mentalität und den neuen Institutionen haben sich in der in der Nach-Wende-Entwicklung teilweise verschärft.

Wir müssen heute wohl konstatieren, dass die Dissonanzen der Ostdeutschen mit dem importierten West-Modell erheblich waren und auch noch sind. Und sie haben sich im Verlauf der Nach-Wende-Zeit anscheinend kaum verringert oder abgemindert, sondern teilweise sogar verschärft und verstetigt. Was sind die Gründe? Zum einen liegen diese in der harten Variante der Übernahme des westdeutschen Modells begründet, die radikal, schlagartig sowie ohne basisdemokratische Einbeziehung und praktisch ohne Anpassungen erfolgte. Die in den Osten importierten Westinstitutionen sollten nach 1990 in Ostdeutschland als genaue Kopie ihrer westlichen Vorbilder funktionieren, ohne dabei Abwandlungen zu erfahren. Die Transferregel lautete: Es geht nicht darum, bundesdeutsche Regeln und Gesetze bei der Implementierung zu verändern und auf das Anschlussgebiet der ehemaligen DDR anzupassen, sondern darum, jedes einzelne Gesetz und alle Regeln der Bundesrepublik 1 zu 1 im Gebiet der ehemaligen DDR einzuführen.

Verlust an zivilisatorischem Gefüge und bürgerschaftlichem Potential.
Die Schwächung der ostdeutschen Zivilgesellschaft.

Mit dem Untergang der DDR und dem radikalen Institutionentransfer ging auch zivilisatorisches Potential verloren, das in der DDR-Gesellschaft enthalten war und das für das „Funktionieren“ des neuen Gesellschaftsmodells wichtig war und gebraucht worden wäre. Wir haben es hier mit der Erosion und Abwicklung von zivilgesellschaftlichen Strukturen und einem Schwund des bürgerschaftlichen Engagements in Ostdeutschland zu tun. Im Vollzuge der Implementierung des West-Modells auf das Gebiet der ehemaligen DDR wurde nämlich auch das Grundgerüst jener Lebens- und Arbeitsgesellschaft beschädigt und teilweise auch eliminiert,

welche sich in der DDR herausgebildet und in einer sozialistisch geprägten Form etabliert hatte. Darunter verstehe ich die Infrastruktur von Massen-Organisationen, Vereinen und das dicht geknüpfte Netz von informellen Gemeinschaftsformen (z.B. Hausgemeinschaften, Nachbarschaftshilfen, Interessentenkreise), in denen sich in der DDR das Zusammenleben der Menschen gestaltete und unter deren Dach sich auch bürgerschaftliches sowie politisches Engagement entfaltete. Dieses organisatorische Gefüge, welches in der DDR auf die Arbeitswelt zentriert war, wurde mit der De-Industrialisierung und der Liquidierung der volkseigenen Betriebe quasi nebenbei mit abgeschafft. Mit den „sozialistischen“ Betrieben ist so auch ein Großteil jener speziellen Zivilgesellschaft sowie jenes bürgerschaftlichen Engagements paralysiert worden, das in den Massenorganisationen und Solidargemeinschaften der DDR entfaltete. Wenige der in der DDR ansässigen Organisationen haben es geschafft, sich nach der Wende erfolgreich zu behaupten, wie etwa die Volkssolidarität. Die Mehrheit von ihnen ging mit der DDR unter oder wurde marginalisiert. Das trifft zum Beispiel auch auf die Konsumgenossenschaften der DDR zu. Diese bildeten mit über 4 Millionen Mitgliedern die viertgrößte Massenorganisation der DDR. Die Konsumgenossenschaften wurden nach der Wende zunächst als systemnahe Organisationen behandelt und hatten dadurch mit erheblichen wirtschaftlichen Benachteiligungen zu kämpfen. Viele von ihnen sind nach der Wende in Konkurs gegangen. Von den Konsumgenossenschaften haben sich z.B. im Lebensmittel-Einzelhandel bis heute praktisch nur die in Dresden und Leipzig am Markt behauptet. Der Rest ging dahin oder wurde von großen westdeutschen Wettbewerbern aufgekauft und geschluckt. Die Konsum-Organisation bildete mit ihren Geschäften und Filialen jedoch auch ein Element der sozialen Infrastruktur der DDR, die das Land flächendeckend überzog und quasi in jedem Dorf mit einem (kleinen) Laden präsent war. Solche Läden waren nicht nur Stätten des Einkaufs, sie fungierten in der Regel auch als soziale Kommunikationspunkte. Mit dem Untergang der DDR und der Auflösung bzw. Marginalisierung ihrer Organisationen ging so auch soziale Infrastruktur verloren, die bis heute durch Neubildungen nicht wieder ersetzt werden konnte. Dieser Verlust traf den ländlichen Raum besonders drastisch.

Der Schwund an Gemeinschaft.

Mit dem Untergang der DDR ging zudem eine Art „Ent-Gemeinschaftung“ einher, die in der Nachwendezeit noch an Dynamik gewann. Nicht wenige der in der DDR entstandenen informellen Gemeinschaftsformen sind erst in den Nachwende-Zeiten erodiert. Organisationen wie die Kirche konnten solche Verluste an organisatorischer Anbindung nicht kompensieren, denn der Osten Deutschlands war längst eine weitgehend konfessionslose Gegend. Wenn in einer intakten und lebendigen Zivilgesellschaft die gesellschaftliche Selbstorganisation auf dem freiwilligen Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürgern beruht und von einer breiten Vielfalt von freiwilligen Assoziationen getragen wird, dann wurde die Formierung einer ostdeutsche Zivilgesellschaft durch den harten „Modell-Transfer“ und die Auflösung der Arbeits- und Gemeinschaftswelt, die sich in der DDR formiert hatte, schwer beschädigt. Die ostdeutsche Gesellschaft hat sich in der Nachwendezeit von dieser Beschädigung nie mehr richtig erholt. Im Rückblick könnte man auch sagen, dass die zivilgesellschaftliche Emanzipations- und Erneuerungsbewegung der

Ostdeutschen im Herbst 1989 durch den Transfer der Westinstitutionen eingedämmt und gestoppt worden ist.

Sinnkrise und Abbruch im bürgerschaftlichen Engagement.

Viele Ostdeutsche beweg(t)en sich nach der Wende nicht nur in unsicheren und deregulierten Lebenszusammenhängen, sondern auch in einem Werte- und Sinndefizit. Man könnte sogar von einer gesellschaftlichen „Sinnkrise“ sprechen, denn Leitbilder und Werte, die bisher galten, waren plötzlich nicht nur ausgemustert, sie wurden auch im Nachhinein diskreditiert. In der DDR gab es ein breites soziales Engagement, das vom Staat gefördert wurde und das zumeist auch eng mit dem System verbunden war - „systemnah“ oder „staatstragend“. Und natürlich gab es auch jenes Engagement, das sich in den Nischen oder im Widerspruch zur Staatsmacht entfaltete. Die Grenzen zwischen beiden waren nicht selten fließend. Beide Formen gingen ineinander über, oft auch in den individuellen Biografien. Mit dem Systemwechsel und der einsetzenden Pauschalabwertung von Lebensleistungen, die mit der DDR verknüpft waren, fühlten sich viele Ostdeutsche auch in ihrem bisherigen sozialen Engagement entwertet und stigmatisiert. Und sie frag(t)en sich, wie es z.B. eine ehemalige DDR-Bürgerin zum Ausdruck brachte, die ich 1992 für eine Studie zum ehrenamtlichen Engagement im sozialen Umbruch interviewte: „All die Energien, die persönlichen Opfer, die ich aus innerer Verpflichtung und Verantwortung gegenüber der großen gemeinschaftlichen Sache aufgebracht habe, sollen mit einem Male sinnlos gewesen sein? Ich verstehe das alles nicht. Und ich bin mir auch keiner Schuld bewusst. Ich fühle mich von der Geschichte, von der Gesellschaft ungerecht behandelt. Und ich ziehe daraus die Konsequenz: Mich nie wieder für eine gemeinschaftliche Sache dieser Art ehrenamtlich zu engagieren.“ (3)

Den Ostdeutschen wurde der Wandel, um den keiner umhin kam, nicht leicht gemacht. Das offizielle Motto war nicht: Sei wie du bist, bekenne dich zu deiner Geschichte, lerne daraus und pack selbstbewusst die neuen Probleme an. Die Spielregel lautete wohl eher: Sei anders gewesen als du wirklich warst. Verdränge das, was heute nicht mehr gewünscht ist. Akzeptiere, dass du Schuld auf dich geladen hast und heute nicht mehr oben oder vorn mitspielen darfst. Wir sollten uns fragen, was passiert mit dem Selbstwertgefühl von Menschen, die sich plötzlich in einem völlig anderem sozialpolitischen System wiederfinden, in dem ihre bisherigen Routinen und Qualifikationen keinen Wert mehr haben, die von einer komplett neuen Elite geführt werden (sollen) und wo man ihnen das Narrativ eintrichtert, dass sie ihr ganzes bisheriges Leben einem völlig falschen Projekt „geopfert“ haben? Die meisten Menschen, die das erleben, stürzen in eine Sinn- und Engagement-Krise. Wenn es solche Sinnkrisen im größeren Ausmaß gab – und davon darf man ausgehen – dann gingen sie oftmals einher mit einem Abbruch im bürgerschaftlichen Engagement, insbesondere bei jenen Ostdeutschen, die sich Jahrzehnte im Sinne der DDR und ihrer gesellschaftlichen Werte engagiert hatten. In Ostdeutschland ist dann nicht nur die in der DDR formierte Arbeits- und Lebenswelt weggebrochen, vielmehr hat sich offenbar auch eine neue „bürgerschaftliche Abstinenz“ und ein Defizit an Gemeinschaftsleben ausgebreitet. Für diese Situation steht sinnbildlich das ostdeutsche Dorf irgendwo, in dem es bestenfalls nur noch die Feuerwehr als gemeinschaftliche Sache gibt.

Die Gefahren, die mit der Variante einer harten „Modell-Implementierung“ verbunden sind, wurden nicht erst in den letzten Jahren vor dem Hintergrund der wachsenden Unzufriedenheit in Ostdeutschland thematisiert, sondern bereits kurz nach der Wende. Wäre man sich der Gefahren bewusst gewesen, hätte man vielleicht frühzeitig gegensteuern bzw. Maßnahmen zur „Heilung“ des Cultural Lag einleiten können. Aber das haben die politisch Verantwortlichen in der ostdeutschen Nach-Wende-Entwicklung nicht getan. Mir ist jedenfalls nicht bekannt, dass man sich seitens der Politik diesbezüglich sorgenvolle Gedanken gemacht, noch dass man über entsprechende Maßnahmen zur „Heilung“ nachgedacht, geschweige denn diese eingeleitet hätte.

These 3 – Das Problem der kulturellen (An)Passung des implementierten Modells.

Bei einer Modell-Implementierung muss man dafür sorgen, dass die neuen Institutionen und Regelungen von den Menschen im Transferegebiet angenommen werden und mit ihren tradierten kulturellen Mustern verwurzeln. Eine Modell-Transplantation ist um so erfolgreicher, je besser das importierte Modell an die Kultur und die Traditionen im Transferegebiet angepasst wird. Die neuen Institutionen „müssen aufsitzen auf Traditionen, Routinen, Erwartungen, Erfahrungen und Qualifikationen, die mit der Einrichtung der Institutionen selbst nicht automatisch miterzeugt werden.“ (C. Offe)

Es geht bei einer Implementierung von (bewährten) Institutionen in ein anderes Terrain immer darum, ein „Zusammenpassen“ der transplantierten Institutionen mit dem andersartigen „System- und Kulturgebiet“ herzustellen und wachsen zu lassen. Und dieses Zusammenwachsen geschieht nicht plötzlich (etwa zum 3.10.1990), sondern vollzieht sich allmählich in einem längeren Prozess. Damit kommt der Nachwendezeit in Ostdeutschland eine Schlüsselbedeutung für das Gelingen der Transformation zu. Denn hier wurden und werden die Weichen gestellt für den Erfolg. Bislang sind allerdings keine nennenswerten Ansätze zu verzeichnen, das importierte Modell der westlichen Institutionen irgendwie auf ostdeutsche Besonderheiten anzupassen. Der „grüne Pfeil“ steht noch immer symbolisch als Feigenblatt für den 1 zu 1 Transfer. Viel zu gering waren bisher auch die Anstrengungen, die Ostdeutschen angemessen an der Ausgestaltung der Institutionen zu beteiligen und einzubinden. „Hätten wir im Westen nur halb so viel Energie auf eine angemessene Beteiligung der Bürger Ostdeutschlands in allen diesen Institutionen verwendet, wie an anderen Stellen, wäre es vermutlich um die innere Einheit unseres Landes heute, 30 Jahre danach, besser bestellt.“, bekennt Friedrich März zum 30. Jahrestag der Wiedervereinigung im Oktober 2019.

Die Hoffnung auf eine allmähliche Abschwächung der Unverträglichkeiten durch den demografischen Effekt - Verdrängen und Aussterben der DDR-sozialisierten Generationen - erfüllt sich offenbar nicht. Wenn es eine ostdeutsche Identität gibt, dann hat diese in der DDR ihren Ausgangspunkt. Aber sie hat sich vermutlich erst nach dem Untergang der DDR als ein übergreifendes gemeinsames Werte- und

Mentalitätsverständnis der Ostdeutschen – die ehemaligen Eliten eingeschlossen – heerausgebildet. Prägend für diesen Prozess waren die gemeinsamen Erlebnisse von Benachteiligungen und fehlender Wertschätzung.

Auch 30 Jahre nach dem Fall der Mauer überschattet ein Mentalitäts-Lag den ostdeutschen Transformationsprozess. Seit geraumer Zeit, insbesondere vor dem Hintergrund der Migrationsthematik, manifestiert sich die allgemeine Unzufriedenheit in Ostdeutschland sogar in Form einer „rechten Emanzipationsbewegung“ (PEGIDA, AfD), so die Meinung von Jana Hensel. (4) Das hat auch mit dem Kurswechsel der Links-Partei zu tun, die sich in das im Fahrwasser des „progressiven Neoliberalismus“ begeben hat. Kritiker werfen der Führungsgruppe um Katja Kipping vor, dass sich die Linke damit auch von ihrer ostdeutschen Basis entfernt und diese anderen Kräften (AfD) überlassen habe.

Die Ostdeutschen bekamen mit der Wiedervereinigung einen Kapitalismus übergestülpt, den sie so nicht „bestellt“ hatten und auf den sie auch nicht vorbereitet und eingestellt waren.

Das Ankommen der Ostdeutschen in der Bundesrepublik wurde nicht zuletzt auch dadurch erschwert, dass sie nach der Wiedervereinigung mit der D-Mark ein kapitalistisches Modell bekamen, das sie so nicht erwartet und das sie – gebrochen durch eine beschönigende Medien- und Intershop-Brille – über viele Jahre so auch nicht wahrgenommen hatten. Die Ostdeutschen hatten einen „Teilhabe- oder Einbeziehungskapitalismus“ im Blick, der sich dadurch auszeichnete, dass „die arbeitende Mehrheit in etwa dem gleichen Maße am Produktivitätsfortschritt partizipierte wie die Unternehmer.“(5) Sie hofften, endlich auch „Teil jener westdeutschen Wohlstandsexplosion zu werden, die in den sechziger Jahren begann, aber tragischerweise jäh an ihr Ende kam, als die Mauer fiel.“ (6) Was die Ostdeutschen nach der Wende aber bekamen, das war ein neoliberal transformierter Kapitalismus. Die neoliberale Transformation der kapitalistischen Gesellschaft hatte bereits in den 1980er Jahren begonnen. Dieser Prozess wurde durch den Zerfall des real-sozialistischen Systems, die einsetzende Digitalisierung und eine zunehmende Globalisierung weiter beschleunigt. Die Ostdeutschen bekamen mit der „Wiedervereinigung“ ein System, „das sie so nicht bestellt hatten.“ (7) Das wurde ihnen freilich erst allmählich bewusst. Und diese Erfahrung verstärkte ihr „Fremdeln“ mit dem importierten Westmodell. Wenn man so will, brach der neoliberale Kapitalismus erstmals mit voller Wucht in Gestalt der Treuhand über die Ostdeutschen herein, indem er ihre Betriebe und Arbeitsplätze vernichtete und über Nacht ihre Lebensleistungen entwertete. Und für nicht wenige von ihnen auch für immer. Diesen Schock haben viele Ostdeutsche bis heute nicht verarbeitet. Die Ostdeutschen wurden nach 1990 mit ihrer tradierten Lebensweise und Kultur zweifach erschüttert und abgehängt. Zum einen durch die Auflösung der industriellen DDR-Arbeitsgesellschaft und der damit verbundenen Folgen (soziale Entwurzelung, biografische Deklassierung und Entwertung) und zum anderen durch die neoliberal daherkommende Globalisierung. Sie fühlen sich als Verlierer einer „doppelten Transformation“, die aus der Überlagerung von Friktionen des Vereinigungsprozesses durch die globale Entwicklungsdynamik resultiert. Die Ostdeutschen wurden nach der Wende plötzlich aus überschaubaren sozialen

Milieus und planbaren Lebensverläufen herausgerissen. Alte Sicherheiten, auch wenn sie zuvor als einengend empfunden worden waren, verschwanden und hinterließen eine Leerstelle. Verwurzt in einer eng verbandelten Regional-Welt mit sozialer Nähe und „sozialer Rundumversorgung“ fanden sich die Ostdeutschen nach der Wiedervereinigung plötzlich in die globalisierte Welt des Neoliberalismus mit gesellschaftlicher Vereinsamung und anonymer Kälte geworfen.(8)

Die Startbedingungen für den Übergang in die digitalisierte und globalisierte „Postmoderne“ sind für Ost- und Westdeutsche daher sehr unterschiedlich. Und hier liegt zumindest eine der Ursachen für die unterschiedliche Intensität und Schärfe, mit der Ost- und Westdeutsche auf „Modernisierungstrends“ und Globalisierungs-Herausforderungen reagieren.

These 4 – Der Erfolg des Modelltransfers hängt von der Präsenz und Einbeziehung der endogenen Eliten ab.

Eliten spielen beim Zusammenschluss von verschiedenen Organisationen bzw. Systemen eine Schlüsselrolle. Das Zusammenwachsen der verschiedenen Organisationen hängt maßgeblich davon ab, ob von jeder Organisation genügend eigenes Führungspersonal an Bord ist bzw. bleibt, das durch gemeinsame Erfahrungen und Mentalität mit den Angehörigen der jeweiligen Organisation verbunden ist. Eine Ausgrenzung oder Marginalisierung der Eliten einer Organisation hat auf Dauer einen kontraproduktiven Effekt für den Erfolg des Zusammenschlusses. Die neuen Institutionen schlagen im sozi-kulturellen Grund des Transfergebietes um so besser Wurzeln und werden von den Menschen um so besser angenommen, je stärker die endogenen Eliten vertreten sind und um so mehr von den „eigenen Leuten“ in Schaltzentralen der neuen Ordnung integriert werden. Der ostdeutsche Transformationsprozess ist in dem Maße erfolgreich, wie er aus den Potentialen der ostdeutschen Gesellschaft heraus erzeugt und von einer starken ostdeutschen Elite getragen wird.

Der Zusammenschluss von verschiedenen Organisationen wird in der Regel von einem Elitenwechsel und auch Elitentransfer begleitet. Diese sollten jedoch so gestaltet werden, dass Angehörige aller Organisationen an der Gestaltung der Vereinigung aktiv beteiligt werden und auch (annähernd) die gleichen Chancen erhalten, in die Eliten der neuen Gesamtorganisation aufzusteigen bzw. aufgenommen zu werden. Denn es gibt gerade bei „Fusionen“ ein ausgeprägtes Selbstbehauptungsstreben und Gerechtigkeitsempfinden der einzelnen Organisationen. Diesem wird am besten entsprochen, wenn genügend „eigene Leute“ in den neuen Eliten vertreten sind. Es ist indes eine allgemein anerkannte Tatsache, dass die Transplantation der westdeutschen Institutionen auf das Gebiet der ehemaligen DDR mit einem radikalen Elitenaustausch verbunden war. Nahezu flächendeckend wurden Führungspositionen von der alten SED-Elite und ihr nahe stehenden Kadern „gesäubert“ und mit westdeutschen Fach- und Führungskräfte besetzt. Insbesondere betraf das Top-Positionen in der öffentlichen Verwaltung, im Militär, in der Justiz und im Hochschulwesen (hier insbesondere die ideologienahen

Bereiche). Die Folgen dieses Elitenaustausch sind weitreichend und problematisch. Allerdings war ein anfänglicher Elitentransfer von West- nach Ostdeutschland ein durchaus rationaler Aspekt des Modellwechsels. Denn wenn die Weststrukturen eins zu eins in ein anderes Kultur- und Wirtschaftsgebiet übertragen werden, braucht man für deren Funktionieren im neuen Terrain Kundige, welche die Institutionen und Regeln beherrschen und über entsprechende Routinen verfügen. Diese kundigen Experten waren zunächst unter den ostdeutschen Einheimischen kaum zu finden. Aber sie hätten binnen weniger Jahre – sofern dies Ziel und gewollte Politik gewesen wäre – sukzessive entwickelt werden können. Dies ist nicht geschehen. Die Crux ist, dass es sich bei der Dominanz Westdeutscher in der gesamtdeutschen und auch ostdeutschen Elite um keinen kurzzeitigen Übergangseffekt handelt, sondern um ein längerfristiges Phänomen. Noch heute sind in der bundesdeutschen Gesellschaft nur 1,7 Prozent aller Führungspositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft mit Ostdeutschen besetzt. Und die politische und administrative Macht-Elite in Ostdeutschland wird bis heute in der Hauptsache von Führungskräften gestellt, die in Westdeutschland geboren sind bzw. einen westdeutschen Sozialisations-Hintergrund haben. So sind im Osten rund 30% der Entscheider aus dem Osten und 70 % sind westdeutscher Herkunft.⁽⁹⁾ Flankiert werden die westdeutschen Akteure von einer kleinen Anzahl von Angehörigen der ehemaligen DDR-Opposition sowie von ostdeutschen Seiteneinsteigern aus ideologiefernen Berufen.⁽¹⁰⁾ Dies ändert aber nichts an der Dominanz Westdeutscher in den ostdeutschen Eliten. In diesem Punkt unterscheidet sich der Umbruch in der DDR von den in anderen osteuropäischen Ländern. In Ländern wie Polen oder Ungarn wurden nach 1989 die alten Eliten nicht durch neue ersetzt, sondern große Teile der alten Eliten wurden integriert in der Annahme, dass sie sich wandeln.

Der radikale Elitenaustausch war keine notwendige Bedingung für den Erfolg der postsozialistischen Umgestaltungen in Ostdeutschland.

Es stellt sich die Frage, ob mit einer Kontinuität von großen Teilen der alten Eliten und ohne den massiven Elitenaustausch die Transformation der DDR in eine funktionierende marktwirtschaftliche Demokratie überhaupt hätte gelingen können. Eine Antwort auf diese Frage können Umgestaltungen in Ländern wie Tschechien, Ungarn oder Slowenien liefern, in denen – im Unterschied zu Ostdeutschland – der Elitenaustausch gering war und in denen sich die alten Eliten weitgehend behaupten konnten. Aber auch diese Länder haben die postsozialistischen Veränderungen politisch, ökonomisch und kulturell erfolgreich gestalten können, trotz einer Kontinuität der alten Eliten. Dies zeigt meines Erachtens, dass der radikale Elitenaustausch keine notwendige Bedingung für den Erfolg der postsozialistischen Umgestaltungen ist. Und es zeigt zugleich, dass auch Menschen, die in autoritären Gesellschaftsstrukturen sozialisiert wurden, durchaus erfolgreich als Führungskräfte in einer marktwirtschaftlichen Demokratie agieren können, wenn man ihnen die Chance gibt. Dafür sprechen selbstredend auch die vielen Beispiele von Angehörigen der alten DDR-Eliten, die sich nach der Wende als Unternehmensgründer, Manager in der kleinteiligen ostdeutschen Wirtschaft oder als Freiberufliche neu „erfunden“ haben. Der radikale Ausschluss der DDR-Eliten würde insofern keine notwendige Erfolgsbedingung für das Gelingen der postsozialistischen Transformation darstellen, sondern wohl eher eine Eigenheit der

deutschen Wiedervereinigung zum Ausdruck bringen, die mit dem überschnellen Institutionentransfer zusammenhängt.

Angelow bemerkt, dass die politische Klasse der Bundesrepublik eine Begründung für den Elitenaustausch weitgehend vermied und ihn soweit wie möglich zu verschleiern suchte. Ein öffentlicher Diskurs zu dieser Frage hat nicht stattgefunden, da der Elitenwechsel als normales Kernelement des politischen und sozialen Wandels in Ostdeutschland angesehen wurde. (11) Und wenn man sich dem Thema der DDR-Elite zuwandte, dann neigt(e) man dazu, die Existenz einer kompetenten Elite in der ehemaligen DDR in Frage zu stellen. So schrieb der Historiker Arnulf Baring kurz nach der Wende, die Ostdeutschen sind „verzweigt, ihre Erziehung, ihre Ausbildung verhunzt.“ „Ob sich heute einer dort Jurist nennt oder Ökonom, Pädagoge, Psychologe, Soziologe, selbst Arzt oder Ingenieur, das ist völlig egal. Sein Wissen ist auf weite Strecken völlig unbrauchbar.“ Insofern müsse Ostdeutschland, so Baring, kolonisiert werden, es gehe um eine „neue Ostkolonisation“. (12) Ganz direkt und offen hat es der Historiker Michael Wolffsohn formuliert: „Wer vor der Wende wo auch immer und aus welchen Gründen auch immer an welchen politischen Hebel auch immer saß (und nicht kriminell schuldig wurde), muss abtreten.“ (13)

Die Situation stellt sich – was die Präsenz Ostdeutscher in den Eliten betrifft – ausgewogener dar im Bereich der Sub-Eliten, den zweiten Führungsebenen und in Bereichen der kleinteiligen mittelständischen Wirtschaft. Hier sind Ostdeutsche – und wohl auch Reste der ehemaligen DDR-Elite – stärker vertreten. Aber auch in der Wirtschaft gab es wenig Kontinuität, denn die meisten Führungskräfte der DDR-Wirtschaft mussten ebenso wie die Mitarbeiter ihren Beruf oder die Branche wechseln. Wenn man ein sehr weites Verständnis von Elite zugrunde legt, wie dies in einer Studie des DIW aus dem Jahre 2010 gemacht wurde – unter Einbeziehung der Inhaber von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) mit mindestens 10 Beschäftigten sowie von Beamten und Angestellten im höheren Dienst - dann sind in diesem Segment die meisten Führungspositionen in Ostdeutschland von Ostdeutschen besetzt: 1999 waren nach dieser (etwas beschönigenden) Zählweise 84 % aller Führungskräfte in den neuen Bundesländern ostdeutscher Herkunft. Allerdings sank der Anteil danach weiter ab, 2010 waren es nur noch 71 Prozent. Und im Gesamtmaßstab der Bundesrepublik sank der Anteil ostdeutscher Führungskräfte von 13 auf 9 Prozent. Dies entspricht proportional nicht einmal der Hälfte des ostdeutschen Bevölkerungsanteils. (14)

Mentalitäts- und Kontextdefizit der westdeutsch geprägten Eliten im Osten – westdeutsche Elitenangehörige in Ostdeutschland fremdeln mit den Einheimischen und die Einheimischen mit den Eliten.

Die importierte Elite der Westdeutschen ist seit 1990 daran gescheitert, das transplantierte demokratische System der Institutionen für die Ostdeutschen wirklich verständlich und akzeptabel zu machen und mit der ostdeutschen Lebenserfahrung organisch zu verbinden. Warum? Waren es die „falschen Westdeutschen“? Fehlte es ihnen an Kompetenz und Erfahrung, weil viele von ihnen aus der zweiten oder dritten Reihe kamen und im Westen nicht jene Positionen bekleidet hatten, die sie

nachher im Osten übernehmen? Nach einer Studie von Möller verfügten die „meisten Westimporte“ über keine vorherige Erfahrung in einer Führungsposition und sind insofern ebenfalls zu den Neueinsteigern in die Elite zurechnen. (15) Und insofern träfe das Phänomen der Elitenzirkulation auch für das westdeutsche Personal zu und bei der Positionselite, die sich in den neuen Bundesländern Anfang der 1990er Jahre bildete, würde es sich dann um eine neue Elite (westdeutscher Herkunft) handeln. Fehlende Führungserfahrung mag ein Grund sein, warum es den „importierten“ westdeutschen Eliten im Osten schwer fällt, den Institutionentransfer erfolgreich zu gestalten. Das eigentliche Problem besteht aber wohl eher darin, dass es der Gruppe der „westlichen Immigranten“ im Osten (ca. 1,9 Millionen Personen) nicht gelungen ist, sich wirklich in die ostdeutsche Gesellschaft zu integrieren, insbesondere nicht in die unteren und einfachen sozialen Schichten. Mir sind persönlich eine Reihe von Westdeutschen bekannt, die sich gut in die ostdeutsche Kultur eingebracht haben und die ihren „Führungsjob“ vorbildlich erledigen. Aber die Integrationssituation der Westdeutschen in die ostdeutsche Gesellschaft insgesamt ist wohl eine andere. Die westdeutschen Transfer-Eliten im Osten sind mit den importierten Institutionen zumeist bestens vertraut, jedoch unzureichend in die soziale Struktur der ostdeutschen Gesellschaft integriert und - aufgrund ihrer andersartigen Sozialisation - auch wenig mit den Erfahrungen und der Mentalität der Ostdeutschen verbandelt. Sie haben neben dem Mentalitäts- und Kontextdefizit auch ein Integrationsproblem. Sie „fremdeln“ nicht selten mit den Einheimischen. Ausnahmen bestätigen die Regel. Was den „westdeutschen Aufbauhelfern“ fehlt, das ist z.B. das durch persönliche Erfahrungen ermöglichte Verständnis der DDR-Arbeitsgesellschaft. Diese spezielle DDR-Welt war den Westdeutschen, die ab 1990 nach Ostdeutschland kamen, nicht nur vollkommen fremd. Sie konnten sie auch nicht wahrnehmen, weil sie institutionell bereits zerstört war. Und für das Verständnis der Folgen dieses Verlustes (für die Ostdeutschen) braucht es eben jene Erfahrungen mit dieser untergegangenen Welt, über die sie nicht verfügen konnten. (16) Dieses Manko ist nicht unerheblich, denn es geht bei der Wahrnehmung von Führungspositionen nicht nur um Fachwissen, sondern immer auch elementar um Kontextwissen und Mentalitätsverständnis. Für viele der Westdeutschen, die in den Osten gekommen sind, um hier einen führenden Posten zu übernehmen, dürfte gerade letzteres das Problem sein und ein Defizit darstellen. Und es ist zu vermuten, dass sich viele von ihnen dieses Defizits nicht bewusst waren und auch nicht sind. Zudem gibt es noch immer eine erhebliche Anzahl von Westdeutschen, die ihren „Führungs-Job“ im Osten von Dienstag bis Donnerstag erledigen und regelmäßig nach Hause in die Westheimat fahren bzw. pendeln. Hermann Winkler, ehemaliger Sprecher der ostdeutschen CDU-Abgeordneten im Europaparlament, fordert diesbezüglich eine Residenzpflicht für Westdeutsche, die in Ostdeutschland eine führende Position innehaben, insbesondere für hochbezahlte Mitarbeiter von Bundesbehörden. „Für den Zusammenhalt in der Gesellschaft ist es wenig hilfreich, wenn wir zwar Bundesbehörden in Ostdeutschland haben, dort aber die Führungskräfte mit 8000 Euro Monatsgehalt jedes Wochenende nach Hause in den Westen pendeln, und nur der Hausmeister mit 800 Euro in Leipzig, Dresden oder Erfurt lebt.“ Für Winkler steht fest: „Nur jemand, der in den Ost-Bundesländern auch wirklich wohnt, lässt sich auf seine neue Heimat ein und lernt regionale Gegebenheiten kennen.“ Und weiter: „Wir sind dankbar, dass uns viele Westdeutsche geholfen haben beim Aufbau der Verwaltung, Justiz und Hochschulen

... Aber wir müssen jetzt verstärkt auf unseren ostdeutschen Nachwuchs setzen und eigene Netzwerke bilden.“ (17)

Es spricht vieles dafür, dass sich Ostdeutsche von westdeutschen Führungsgruppen dominiert sehen, die nicht aus ihrem regionalen Erfahrungs- und Kulturgrund stammen und die sich im Habitus, in der Mentalität oder der Sprache von ihnen unterscheiden und die sich manchmal auch in Form einer - zumindest stillen - „Siegerpose“ über sie erheben. Viele der Ostdeutschen fühlen sich so „nicht angemessen durch die Führungsetagen der Gesellschaft vertreten. Dieser Mangel stört sie und ihr Gerechtigkeits- und Gleichheitsempfinden. Damit besteht die Gefahr eines schwindenden Vertrauens in die Eliten und dann auch in die Institutionen, die sie rekrutieren und die sie repräsentieren. Ein erheblicher Anteil der erwachsenen Ostdeutschen, ich würde von etwa 20 bis 30 Prozent ausgehen, steht daher den westdeutsch dominierten Eliten skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie identifizieren diese Eliten nicht als ‚eigene‘, sondern als ‚fremde‘ Führungsgruppen.“ (18) Und diese Entfremdung der Ostdeutschen von den westlichen Eliten sowie von den importierten demokratischen Institutionen ist in den Jahrzehnten nach der Vereinigung nicht geschrumpft, sondern hat sich – „nicht zuletzt im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschulden - und der Migrationskrise“ – verstärkt. (19)

Der Osten ist eine Region, die weitgehend von endogenen Eliten entleert ist.

Ostdeutschland hat – im Vergleich zu anderen postsozialistischen Ländern – ein spezielles Eliten-Problem, das aus dem radikalen Modell- und Elitenwechsel resultiert. Dieses besteht darin, dass Ostdeutschland eine Region ist, die weitgehend von endogenen Eliten entleert ist. Es sind zu wenig Ostdeutsche in den Eliten vertreten und die westdeutsche Transfer-Elite ist in Bezug auf ihre kulturell-biografische Prägung zu wenig mit der ostdeutschen Geschichte und Mentalität verbunden. Salopp formuliert: Die importierten „Häuptlinge“ kommen nicht aus den Reihen der „einheimischen Indianer“, sie verstehen die Einheimischen nicht recht oder bemühen sich zu wenig um dieses Verständnis. Umgekehrt fühlen sich die „einheimischen Indianer“ von den fremden „Häuptlingen“ nicht angemessen vertreten und stehen ihnen skeptisch gegenüber. Das ist an sich keine gute Konstellation für die Gestaltung des Transformationsprozesses. Was fehlt, das ist eine starke endogene Gruppe von Elitenangehörigen in allen Bereichen der Gesellschaft – in der Politik, in der öffentlichen Verwaltung, in der Wirtschaft (auch in Großunternehmen und Konzernen) oder in der Wissenschaft. Eine solche endogene Elite die mit der einheimischen Bevölkerung eng verbunden und würde für die sozio-kulturelle Annahme und Verwurzelung des neuen demokratischen Modells und möglicherweise auch für dessen Anpassung wirksamer eintreten können.

Es fehlt im Osten eine eigenständige intellektuelle Diskurs- und Reflexionskultur, die von einer starken endogenen Elite getragen wird. Dieses Defizit macht die ostdeutsche Gesellschaft anfälliger für aggressive Formen der Krisenbewältigung.

In dem Maße wie den Ostdeutschen nach der Wende eine endogene Elite abhanden gekommen ist, mangelt es auch an einem wahrnehmbaren intellektuellen Sprachrohr für die Artikulation ihrer Befindlichkeiten und Interessenlagen. Eine „die Zivilgesellschaft tragende intellektuelle Bevölkerungsschicht“ ist in Ostdeutschland kaum mehr wahrnehmbar. Und die Gründe dafür liegen auch in der „rigorosen Entfernung ostdeutscher Intellektueller aus ihren bis 1989 ausgeübten akademischen Berufen; eine Entfernung, die weit über die erforderliche Erneuerung und den einigungsbedingten notwendigen Umbau der Wissenschaftslandschaft hinausging.“ (20) Der Anschluss der ehemaligen DDR an den Westen führte zu einem Ausschluss der ostdeutschen Intellektuellen aus der etablierten Wissenschaft und quasi auch aus dem öffentlichen Leben. Man könnte auch von einer Art „intellektuellen Enthauptung“ der Ostdeutschen sprechen, deren problematische Folgen sich erst zeitversetzt zeigten. Darauf wurde frühzeitig hingewiesen: „Der Kahlschlag, die Abwicklung und ‚geistige Enthauptung‘ der Geistes- und Sozialwissenschaften der ehemaligen DDR könnten sich z.B. als ein solch kontraproduktives Unternehmen erweisen, das wiederum auf den Modernisierungsprozess im Westen rückwirken würde. Hier wird geistig-kulturelles Potential drastisch entwertet und paralysiert, das gerade in Anbetracht seiner intimen Kenntnis der ostdeutschen Mentalität und Problemlage eine unverzichtbare Stütze für die kritische Begleitung des sozialen Umbruchs sein dürfte.“ (21) Wir sollten daher Bollingers Hypothese ernst nehmen: „Ohne Intellektuelle, die mit den BürgerInnen der Neufünfländer Erfahrungen gemein haben, die Westdeutsche so nicht machen konnten, wird die politische Kultur beider Deutschländer eher weiter auseinander driften denn zusammenwachsen.“ (22) Der ostdeutschen Gesellschaft fehlt etwas, das für stabile und intakte Zivilgesellschaften charakteristisch ist: die von einer starken endogenen Elite getragene intellektuelle Diskurs- und Reflexionskultur. In diese Diskurs-Lücke sind Kräfte wie die AfD gestoßen, die sich um die verletzte „ostdeutsche Seele“ bemüht und ihren Wahlkampf 2019 unter Losungen wie „Wir sind das Volk“ oder „Vollende die Wende“ gestellt hat. Die AfD hat diese Lücke nicht geschaffen, sie hat sie genutzt, weil sie auch nach 30 Jahren Vereinigung nicht geschlossen und weil sie von den „anderen“ nicht adäquat besetzt wurde.

Gerade im Interesse des kulturellen Verwurzelns und der Akzeptanz der westdeutschen Institutionen wäre es zweckmäßig gewesen, wenn das Elitenproblem von Beginn an als eine respektvolle Kooperation von Ost- und Westdeutschen gestaltet worden wäre, in der beide Seiten voneinander lernen und in deren Folge sich Schaltstellen der Gesellschaft für Ostdeutsche sukzessive geöffnet hätten. Warum nicht auch für jene mit einer „systemnahen“ Vergangenheit? Schließlich hat in einer zentralistisch organisierten Gesellschaft nahezu jeder „Leistungsträger“ und jeder aus der Leistungs-Elite eine Art von Systemnähe. Aber es hat in Ostdeutschland keine wirkliche Öffnung der Spitzenpositionen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft und Bildung für Ostdeutsche mit einer systemnahen Elite-Vergangenheit gegeben. Man kann insofern mit gutem Grund vom „Systemfehler“ einer fehlenden Migrationsbewegung in beide Richtungen nach 1990 sprechen. (23)

Ein weiteres Manko der Nachwendezeit besteht anscheinend darin, dass zwischen der westdeutschen Elite und (großen Teilen) der ehemaligen DDR-Elite kein

wirklicher Dialog und keine echte Kooperation stattgefunden hat. Und ich denke auch nicht zwischen jenen Westdeutschen, die in Schlüsselpositionen der neuen ostdeutschen Bundesländer gewandert sind und dem Teil der neuen jüngeren ostdeutschen Elite, deren Karriere sich erst nach der Wende vollzogen hat. Und selbst das nachwachsende ostdeutsche Eliten-Potential, das heißt jene jüngeren Generationen der Ostdeutschen, deren Sozialisation nach dem Untergang der DDR erfolgte, sind anscheinend von einem „anderen Welt- wie Menschenbild“ geprägt und unterscheiden sich von ihren westdeutschen Pendants.“ (24) Hier hat sich wahrscheinlich eine „kulturelle Vererbung“ von Lebensmustern und Leitbildern der DDR-sozialisierten Leistungsträger in die ostdeutschen Nach-Wende-Generationen vollzogen. Ein Prozess, der anscheinend noch fort dauert und der die Mentalitäts-Phasenverschiebung weiter unterfüttert. West- und ostdeutsche Elitegruppen sind offenbar „zwei Kulturen“ geblieben, die einander weiter fremd sind und die in Ostdeutschland auch in unterschiedlichen „Welten“ agieren. Westdeutsche sind in den oberen Etagen von Politik und Verwaltung überrepräsentiert, haben Spitzenpositionen von Hochschulen und Forschung und auch in der Wirtschaft (Konzerne, Großunternehmen) besetzt. Sie agieren in eigenen Netzwerken, bauen diese weiter aus, in der Regel mit Personen aus den eigenen Reihen und sie reproduzieren und verstetigen allein schon damit die Dominanz westdeutscher Eliten in Ostdeutschland.

In Ostdeutschland hat sich aus den „westdeutschen Aufbauhelfern“ eine neue Oberschicht formiert, die sich reproduziert und auf lange Sicht den Kernbestand der Eliten in Ostdeutschland bildet.

Ein Szenario lautet: In Ostdeutschland hat sich nach der Wende eine neue Oberschicht formiert, die von „westdeutschen Immigranten“ geprägt und beherrscht wird und die sich stetig weiter reproduziert. Diese „Diaspora“ von West-Immigranten gibt ihren Habitus und ihre anderen „Kapitalien“ an ihre Nachkommen weiter. Diese wiederum werden zumeist in Ostdeutschland das „Licht der Welt erblicken“ und hier ihren Aufstieg in die Eliten machen. So würden dann aus den Kindern und Kindeskindern dieser westdeutschen Oberschicht „echte“ ostdeutsche Elitenangehörige werden. Und dann hätte alles - im oberflächlichen Sinne - seine Ordnung und der Zeitpunkt wäre gekommen, an dem soziologische Studien berichten könnten: Die Eliten in Ostdeutschland werden in der Mehrheit von Personen mit ostdeutscher Herkunft gestellt. Was nicht mehr auf den ersten Blick sichtbar ist, das wäre die nachhaltige Verdrängung der in der DDR sozialisierten Generationen von Ostdeutschen und deren Nachkommen aus den Eliten.

Die Verdrängung und Unterrepräsentation von Ostdeutschen in den Eliten (Ost)Deutschlands hat sich verstetigt. Der Marginalisierungstrend dauert an. Entscheidend dafür, dass der Anteil von Ostdeutschen unter den Inhabern von Führungspositionen seit 1994 in Ost- wie auch in Gesamt-Deutschland nicht gewachsen, sondern stetig gefallen ist, sind zunehmend informell und eigendynamisch wirkende Selektionsfaktoren. Zu Beginn der 1990er war für die Verdrängung Ostdeutscher (und insbesondere von Angehörigen der alten DDR-Eliten) aus den Eliten - neben politischen Kriterien („Systemnähe“) und wirtschaftlichen Umständen (fehlende Konzernzentralen im Osten, abgewinkelte volkseigene Betriebe, die nur zu 5 Prozent an Ostdeutsche gingen...) - das zunächst

fehlende Expertenwissen in Bezug auf das Funktionieren der westlichen Institutionen ein ausschlaggebender rationaler Grund. Aber dieser Umstand kann nicht den nachhaltigen und sich sogar verstärkenden Effekt der Minorisierung von Ostdeutschen in den Eliten hinreichend erklären. Hier kommen andere bzw. weitere Umstände ins Spiel, die eher informell-eigendynamisch als „Selektionsfaktoren“ wirken.

Selektionsfaktor: Ostdeutsch = inferior und im Prinzip ungeeignet für höhere Positionen in der Gesellschaft.

Die spezielle Art der deutschen Wiedervereinigung (Sieger und Verlierer, der Verlierer übernimmt das Modell des Siegers) war und ist mit einer tendenziellen Stigmatisierung der Ostdeutschen als eine „zurückgebliebene, verlorene und hilfsbedürftige Gebiets- und Bevölkerungsgruppe“ verbunden. Zugleich hat dies zu einer drastischen Entwertung von ostdeutschen Biografien und Lebensläufen geführt. Diese allgemeine Abwertung von Ostdeutsch-Sein ist nicht nur eine externe Zuschreibung, sondern hat über die Jahre auch eine verinnerlichte Selbst-Abwertung bei vielen Ostdeutschen hervorgebracht. Insbesondere bei denen, die ihre Identität und ihr Selbstwertgefühl über die Arbeit definiert haben und nun nach der Wende ohne Arbeit bzw. ohne Arbeit im identitätsstiftenden Sinne dastehen. Der Mainstream in den medialen und öffentlichen Diskursen hat diese Herabsetzung ostdeutscher Lebensleistungen seit dem Untergang der DDR befördert und verstärkt.

Selektionsfaktor: Ostdeutsch = ungenügend durchsetzungsfähig in einer vom Wettbewerb geprägten Gesellschaft und daher auch nicht geeignet für (höhere) Führungspositionen.

In der Tat, eine Mehrheit der Ostdeutschen war für eine Durchsetzung unter marktwirtschaftlichen Konkurrenzbedingungen zunächst weder ausgebildet noch sozialisiert. Denn die DDR war - im Vergleich zur BRD - eine konkurrenzarme Gesellschaft, in der Werte wie Gleichheit, Bescheidenheit und die Einordnung in das Kollektiv einen hohen Stellenwert hatten. Der gelernte DDR-Bürger war weder in der „Kunst der Selbstvermarktung“ noch in „aggressiven Kampftechniken“ der Durchsetzung seiner Interessen gegen „Konkurrenten“ ausgebildet. (25) Und es hat einige Jahre gedauert, bis die Ostdeutschen dieses Konkurrenzdefizit aufgearbeitet und überwunden hatten. Ich würde hier einen Zeitraum von 2 bis 5 Jahren ansetzen. Ab Mitte der 1990er Jahre hatte wohl die Mehrheit der Ostdeutschen ihre Lektionen in Sachen Marktwirtschaft und Wettbewerb gelernt und – jeder auf seine Weise natürlich – einen Anpassungsprozess vollzogen. Aber noch immer ist es wohl größtenteils noch so, dass Ostdeutsche gegenüber Westdeutschen hier ein Defizit haben, zumindest in Sachen Ellenbogen-Mentalität.

Selektionsfaktor: Ostdeutsch = fehlender elitärer Habitus und nicht der „richtige Stallgeruch“ für die Besetzung eines Postens in der (höheren) Elite.

Unter einem „Habitus“ wird eine subtile Art des sozialen Verhaltens, des gesamten Auftretens und des sich sprachlich und non-verbal Ausdrückens einer Person verstanden. Ein Habitus wird mit der Muttermilch aufgesogen. Man erwirbt ihn in der Kindheit kraft seiner Geburt bzw. dank seiner Herkunft. Seinen Habitus kann man

nur schwer verändern und einen neuen Habitus kann man nachträglich kaum erlernen, wenn man ihn nicht in der Kindheit mitbekommen hat. Wenn das zutrifft, dann fehlt der großen Mehrheit der Ostdeutschen der spezielle Eliten-Habitus, wie er sich in einer bürgerlichen Gesellschaft mit deren speziellen Eliten darstellt. Dieses Manko dürfte insbesondere auf jene ostdeutschen Elitenangehörige zutreffen, die ihre Sozialisation in der DDR erfahren haben und deren Herkunft im Milieu von einfachen Leuten („Arbeiter- und Bauern-Kinder“) wurzelt. In der DDR war ihre proletarische Herkunft ein Vorzug für eine höhere Karriere und für den Aufstieg in die Eliten. Im System der bürgerlichen Gesellschaft erweisen sich proletarische Herkunft und proletarisch geprägter Habitus hingegen als Nachteil. Der Systemwechsel hat also nicht nur massenhaft „soziales und kulturelles Kapital“ der Ostdeutschen entwertet, er hat auch den Eliten-Habitus der ehemaligen DDR-Bürger ausgemustert. Elite kann man nicht lernen, argumentiert der Soziologe und Elitenforscher Michael Hartmann. (26) Als Arbeiterkind kann man es bei Talent und Fleiß manchmal in das gehobene Bürgertum bringen und Rechtsanwalt oder Arzt werden. Was aber nach wie vor selten passiert, ist der Aufstieg in höchste Kreise der Wirtschaft, wenn man nicht in diese Kreise hineingeboren ist. Seit Jahrzehnten kommen vier von fünf Spitzenmanagern aus den oberen 3,5 Prozent der Bevölkerung. Und da die Eliten Kandidaten für die zu besetzenden Posten nach dem Prinzip der Ähnlichkeit auswählen und sich hierbei vom Bauchgefühl und dem „Stallgeruch“ leiten lassen, werden Ostdeutsche hier auch weiterhin den kürzeren ziehen, auch wenn sie über ausreichende Qualifikationen und Kompetenzen verfügen. Verstärkt wird diese Eliten-Auswahl durch das „Gesetz der zunehmenden sozialen Selektivität“: Je höher die berufliche Position einer Person, desto wichtiger ist der passende Habitus. Bezogen auf den Osten bedeutet das: Je höher die Position, desto wichtiger ist der westdeutsche Habitus. Und je höher die Position, desto höher ist dann der Anteil der Westdeutschen. Mit Bezug auf Ostdeutschland wird der klassenspezifische Habitus mit dem regionalen Herkunftsfaktor verknüpft: westdeutsche Herkunft erleichtert den Zugang zur Elite und ostdeutsche Herkunft erschwert ihn. Eliten bilden so geschlossene Kreise, deren Mitglieder durch ähnliche Herkunft und Sozialisation, ähnliche Denkmuster, Lebensstile oder Geschmacksurteile gekennzeichnet sind. Und insofern tendiert die etablierte „westdeutsche Managerkaste“ dazu, sich aus sich selbst zu reproduzieren. Für Außenstehende mit einer anderen Herkunft als der vorherrschenden ist der Zugang zu einem solchen elitären Kreis dann schwierig und wenig wahrscheinlich, denn die Selektionsprinzipien wirken ja quasi unbewusst.

Selektionsfaktor: Ostdeutsch = keine funktionierenden eigenen Netzwerke für den Elitenzugang und in die funktionierenden Netzwerke der westlichen Eliten nicht eingebunden.

Nach der Vereinigung wurde viel über „SED-Seilschaften“ geredet. Wenn es sie nach der Wende gegeben hat, dann haben sie keinen spürbaren Einfluss und keinen wirklichen Effekt gehabt für die Besetzung von leitenden Positionen im „neuen Deutschland“, auch nicht in Ostdeutschland. Im Gegenteil, man muss heute konstatieren, dass die Ostdeutschen ein Agilitätsdefizit aufweisen, was die Bildung von (eigenen) Netzwerken betrifft. Man kann davon ausgehen, dass mit dem Systemwechsel in Ostdeutschland auch die in der DDR vorhandenen Karriere-Netzwerke weitgehend zerstört oder zumindest paralysiert worden sind. Neue Netzwerke, die sich speziell für eine Karriere von Ostdeutschen engagieren, sind

nach der Wende kaum entstanden oder sie sind gegenüber der westdeutschen Netzwerk-Vorherrschaft zu schwach. Und in die von Westdeutschen dominierten Netzwerke sind Ostdeutsche aufgrund ihrer andersartigen Sozialisation und Herkunft zumeist nicht eingebunden. Wer aber über keine Netzwerke verfügt, der hat in Sachen Karriere und Elitenzugang erhebliche Nachteile. Die westdeutschen Aufbauhelfer, die nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland zum Zuge kamen, haben das getan, was man erwarten durfte und was auch normal ist: Sie haben ihre Netzwerke aus den alten Bundesländern in den Osten transferiert, hier erfolgreich etabliert und weiter wachsen lassen. Das ist ein wichtiger Grund dafür, dass die Überpräsenz von Westdeutschen in den ostdeutschen Eliten anhält und - dank einer „gewissen Form des Nepotismus“ - weiter reproduziert wird.

Der Umbruch in Ostdeutschland macht deutlich, dass man zwar ein wirtschaftspolitisches Modell - Institutionen und die damit verbundenen Eliten - implementieren kann, aber man kann nicht in der selben Weise, das heißt nicht mit der gewünschten Schnelligkeit und Funktionalität, die Kultur, die Mentalität, die Werte und Lebensformen der Menschen ändern und anpassen, sowie es für die Akzeptanz und das Funktionieren dieses Modells erforderlich wäre. Der Elitenaustausch und die fortwirkende Reproduktion der Dominanz Westdeutscher in den gesamt- als auch in den ostdeutschen Eliten hat dieses Problem verschärft. Es zeichnet sich ab, dass innerdeutsche Ungleichheiten – insbesondere solche zwischen West- und Ostdeutschland – im Verlaufe der Transformation reproduziert und teilweise sogar verschärft werden und zu sich verfestigenden Spaltungen in der Gesellschaft führen. Und diese können eine ernste Bedrohung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt darstellen.

These 5

Die Logik des „Modell-Transfers“ wird von der elementaren Eigendynamik des Transformationsprozesses modifiziert und konterkariert.

Auch wenn Politik in soziale Transformationsprozesse eingreift, wie das 1990 mit dem Anschluss der DDR an die BRD geschehen ist, und die Veränderungen durch solche Eingriffe damit auch neu „justiert“ und neu ausgerichtet werden, die komplexe Eigendynamik von Transformationen wird dadurch nicht aufgehoben oder außer Kraft gesetzt. Sie bricht sich immer Bahn - irgendwie. Die Umwälzung in der ehemaligen DDR verlief ab 1990 nach dem Konzept eines institutionellen Modell-Wechsels ab, aber sie beschränkt(e) sich nicht darauf. Bei der „nachholenden Modernisierung“ der postsozialistischen Gesellschaften hat man sich zwar an Basisinstitutionen und Grundwerten der westlichen Moderne orientiert, aber der reale Transformationsprozess ist komplexer und umfassender als die Übernahme von westlichen Standards. Und im Verlaufe dieser eigendynamischen Umwälzungen wird das importierte Modell selbst verändert und es kommen neue Konzepte und veränderte Modelle ins Spiel. Dabei stehen wir erst am Anfang. Allerdings sind im Transformationsprozess längst gesellschaftliche Räume entstanden, in denen es gärt, wo ungelöste Konflikte und soziale Ungleichheiten brodeln, in denen die tragenden Institutionen und Parteien nicht (mehr) greifen und wo die einheimische Bürgergesellschaft und die endogenen Eliten schwach sind. Solche Räume

erweisen sich als anfällig für Verwerfungen und Destruktionen. Der Osten braucht keine Rebellion von rechts, um sich zu emanzipieren. Aber der Umstand, dass sich eine starke rechte Bewegung im Osten formiert hat, das hat auch mit Fehlsteuerungen im ostdeutschen Transformationsprozess zu tun. Auch wenn westdeutsche Akteure dominieren, der Transformationsprozess gibt auch alten und neuen ostdeutschen Akteuren die Möglichkeit, sich mit ihren Ambitionen und ihren „eigensinnigen Anschauungen“ einzubringen und die transferierte Institutionenordnung in ihrem Sinne zu nutzen. Es wirkt und brodet eine Art von „ostdeutscher Gegenlogik“, welche „die dominierende exogene Top-down-Strategie fortschreitend endogen und von unten gebrochen, ergänzt und reformiert hat.“ (27) Und es ist gerade diese endogene „ostdeutsche Gegenlogik“, die das Konzept des vollständigen Transfers der West-Institutionen scheitern lässt und damit zugleich die „Sozialintegration“ der Ostdeutschen in die neue Ordnung befördert. Als ein Kristallisationspunkt für eine eigenbestimmtere ostdeutsche Transformation könnte sich die mittelständisch geprägte Unternehmenslandschaft in Ostdeutschland erweisen. Zum einen sind viele agile Ostdeutsche und auch (zumeist jüngere) Vertreter der ehemaligen DDR-Eliten nach der Wende - nachdem sie aus ihren Positionen verdrängt wurden und ihnen der Zugang in Kernbereiche der Elite versperrt war - in die Wirtschaft bzw. in wirtschaftsnahe Bereiche abgewandert. Hier bestanden nicht die strikten Zugangssperren für Ostdeutsche (mit Eliten- und Systemhintergrund). Sie haben hier Führungspositionen in zumeist mittelständischen Unternehmen übernommen, sie haben sich als Selbständige neu organisiert oder eigene Unternehmen gegründet. Nicht wenige Nach-Wende-Gründungen von Ostunternehmen haben einen DDR-Elitenhintergrund. Von den unternehmerischen Ostdeutschen haben vermutlich viele den Anpassungsprozess agiler und erfolgreicher vollzogen als jene Ostdeutschen, die sich gegenüber dem System in der DDR distanzierter oder ablehnender verhielten und dort keine bzw. keine höheren Positionen begleiteten. Und einige von ihnen haben sich dabei äußerst schnell und scheinbar auch radikal gewandelt. So wurden manchmal aus vehementen Kritikern des Kapitalismus über Nacht knallharte kapitalistische Unternehmer, die in ihrem Streben nach Profitmaximierung manchen westdeutschen Unternehmer überholten. Beim Marsch in die Wirtschaft sind die mobilen Ostdeutschen auch auf westdeutsche Eigentümer gestoßen, die sich nach der Wende in den Osten begeben und hier Unternehmen gegründet haben. Zwischen westdeutschen Eigentümern und ostdeutschen Managern, die überwiegend schon vor der Wende in leitenden Positionen tätig waren, kam es dabei zu interessanten „Symbiosen von West-Ost-Potentialen“. Hier - in diesen Bereichen der kleinteiligen ostdeutschen Wirtschaft - kam es dazu, wozu es hätte insgesamt kommen können und müssen: zu einer durchaus gleichberechtigten Kooperation zwischen West- und Ostdeutschen. Hier begegnen sich Vertreter der westdeutschen und der aufkommenden neuen ostdeutschen (Wirtschafts-)Eliten in einem Dialog auf Augenhöhe. Hier kann es am ehesten zu konstruktiven Konvergenzen und kreativen Symbiosen zwischen West- und Ost-Potentialen kommen. (28) Hier könnte sich ein Prinzip für eine erfolgreiche Umgestaltung der postsozialistischen Gesellschaften manifestieren: sie muss von einer selbstbestimmten Veränderung der Ostler getragen werden und dazu gehört unbedingt auch eine starke endogene Elite.

Die Ostdeutschen bekamen mit der Wiedervereinigung einen Kapitalismus, den sie so nicht gewünscht und erwartet hatten. Und als sie ihn bekamen, war er als

Gesellschaftsmodell bereits selbst dringend reformbedürftig und als Zukunftsmodell obsolet. Wenn man davon ausgeht, dass sich die Gesellschaften westlichen Typs seit Ende der 1970er Jahre selbst im Umbruch befinden und auf der Suche nach einem neuen Wirtschafts- und Sozialmodell sind und wenn man die Transformationen der postsozialistischen Gesellschaften als Teil dieses Prozesses versteht, dann liegt die eigentliche Transformation der Moderne nicht hinter, sondern noch vor uns. Dann muss die „Wende“ in der Tat erst noch vollendet werden. Und für diese Transformation werden das eigenständige Engagement und die spezifischen Ressourcen der Ostler dringend benötigt. Im Kern geht es dabei um ein neues sozialökonomisches und kulturelles Entwicklungsmodell, das sozial gerecht ist und das eine umwelt- und artverträgliche Entwicklungslogik für die Menschheit eröffnet.

Nach knapp drei Dekaden der Anpassung an das westlichen Vorbild sind wieder Utopien gefragt, denn wir sind als Menschheit längst an Grenzen des bisherigen Wachstums und der bisher dominierenden Gesellschaftsmodelle gestoßen. Was wir unter anderem brauchen, das ist eine neue Art von Wachstum und Fortschritt. Im mentalen und kulturellen Bereich sind unsere Wachstumsmöglichkeiten wenn nicht unbegrenzt, so doch weitaus größer als im Bereich der materiellen Konsumtion. Und hier haben wir qualitatives Wachstum auch dringend nötig. Wir könnten z.B. eine Drosselung im materiellen Wachstum durch eine Förderung von sozialen, kulturellen und mentalen Aspekten im Lebensstil ausgleichen. Und gerade auch hierbei könnten Erfahrungen der ehemals sozialistischen Gesellschaften ein interessantes Potential darstellen.

Vor dem Hintergrund der drohenden Klimakatastrophe stellt sich heute die Frage: Wie kann die Menschheit überleben? Und diese Frage gibt der Suche nach einer idealen Gesellschaftsform („Utopia“) eine neue Brisanz. Mittlerweile gibt es einen Konsens über die politischen Lager hinweg und der lautet: Wenn es darum geht, die Katastrophe abzuwenden, brauchen wir eine radikale Umsteuerung auf nationaler und globaler Ebene. Dafür bleibt jedoch sehr wenig Zeit. Und es ist zu befürchten, dass der bürgerliche Parlamentarismus einfach zu langsam ist, um diese radikale Kehrtwende einzuleiten. Müssen wir uns also entscheiden, was uns wichtiger ist: die bürgerliche Demokratie oder unser Überleben? Können wir uns diese Art der Demokratie überhaupt noch länger leisten? Ist die bürgerliche Demokratie - zumindest in der aktuellen Verfassung der westlichen Gesellschaften – eine Regierungsform, die sich überlebt hat? Die Ostdeutschen haben zwei große Sozialexperimente mitgestaltet und überdauert. Zum einen das Großexperiment mit dem sowjetischen Sozialismusmodell und zum anderen der Großversuch mit dem Schock-Transfer des bundesdeutschen West-Modells auf das Territorium der ehemaligen DDR. Beide Male wurde das „fremde Modell“ von einer Mehrheit zu Beginn positiv willkommen geheißen, während die anfängliche Begeisterung dann zunehmend von Enttäuschung und Frustration überlagert und verdrängt wurde. Aller guten Dinge sind drei, sagt ein altes Sprichwort.

Quellen:

- (1) Vgl. Jürgen Habermas: Die nachholende Revolution. Frankfurt am Main. 1991
- (2) Vgl. W. Ogburn. Social Change: With Respect to Culture and Original Nature. 1922; W. Ogburn: Technological Trends and National Policy. 1937; Vgl. W. F. Ogburn. Kultur und

sozialer Wandel. Ausgewählte Schriften. Darmstadt 1969; *Nach Ogburn findet eine Kulturelle Phasenverschiebung statt, wenn in Bezug auf wenigstens zwei voneinander abhängige Kulturelemente das eine sich eher oder in größerem Maße verändert als das andere, sodass der Grad der gegenseitigen Anpassung zwischen den beiden geringer wird als zuvor und das bestehende Gleichgewicht gestört wird. Dabei ist es unerheblich, welcher Art der auslösende oder der nachhinkende Teil ist. Die unabhängige Variable kann technischer, ökonomischer, politischer, ideologischer oder beliebiger anderer Natur sein. Immer wenn die Ungleichheit des Zeitpunktes oder des Grades der Veränderung eine Spannung in den aufeinander bezogenen Teilen hervorruft oder wenn mit anderen Worten die Korrelation schwächer wird, liegt eine kulturelle Phasenverschiebung vor. Dies trifft meines Erachtens auf die Beziehung zwischen der neuen (implementierten) institutionellen, politischen und rechtlichen Systemwelt einerseits und der andersartig geprägten ostdeutschen Mentalität voll und ganz zu. Insofern lässt sich die Hypothese vom Cultural Lag sehr gut für das Verständnis der ostdeutschen Transformation zugrunde legen.*

- (3) Horst Poldrack: Soziales Engagement im Umbruch. Zur Situation in den neuen Bundesländern. ISAB-Schriftenreihe, Nr. 18. 1993, S. 63
- (4) Wolfgang Engler/Jana Hensel: Wer wir sind. Die Erfahrung ostdeutsch zu sein. Berlin 2018, S. 113
- (5) Vgl. ebenda S. 88
- (6) Vgl. ebenda S. 88
- (7) Vgl. ebenda S. 87
- (8) Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk. Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019. S. 146ff.
- (9) Vgl. Christian Cadenbeck/Bastian Obermayer: Geschlossene Gesellschaft, in: Süddeutsche Zeitung Magazin Heft 30/2010, S. 3
- (10) Vgl. Gunnar Hinck: Eliten in Ostdeutschland. Wider eine Kultur des Stillstandes. In: Die Politische Meinung. Nr. 458, Januar 2008, S. 29 -34
- (11) Vgl. Jürgen Angelow: Entsorgt und ausgeblendet: Elitenwechsel und Meinungsführerschaft in Ostdeutschland. WeltTrends. Potsdam 2015; Vgl. Jürgen Angelow: Arrangement oder Verdrängung. Zum historischen Platz der ostdeutschen Eliten in der Bundesrepublik. Text aus dem Internet. www.rosalux.de
- (12) Arnulf Baring: Deutschland was nun? Berlin 1991, S. 59
- (13) Michael Wolffsohn: Doppelte Vergangenheitsbewältigung. In: Sühl, Klaus (Hrsg.): Vergangenheitsbewältigung 1945 – 1989. Ein unmöglicher Vergleich? Berlin 1994, S. 40/42
- (14) Peter Krause/Jan Goebel/Martin Kroh/Gert. G. Wagner: 20 Jahre Wiedervereinigung: wie weit Ost- und Westdeutschland zusammengerückt sind. Wochenbericht des DIW, Berlin 44/2010, S. 4
- (15) Vgl. Bärbel Möller: Verwaltungskultur und Integration eines west-ost-gemischten Personalkörpers in Ministerialverwaltungen der neuen Bundesländer. In: Berliner Debatte Initial. 3/1996, S. 14 – 24
- (16) Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk. Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde. München 2019. S. 144ff.
- (17) Andre' Böhmer: EU-Abgeordneter Winkler fordert Residenzpflicht für Bundesbehörden-Topkräfte im Osten. LVZ, 30.08.2018
- (18) Raj Kollmorgen: „Der Stallgeruch der Macht. Wie es um die ostdeutschen Eliten steht.“ In: Wirtschaft und Markt. Das ostdeutsche Wirtschaftsportal. Berlin, 17. August 2019
- (19) Vgl. ebenda
- (20) Stefan Bollinger: Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen SozialwissenschaftlerInnen. In: Linksnet. 29.07.19, S. 1
- (21) Horst Poldrack: Die Stellung der Sozialwissenschaften in der Risikogesellschaft und der Umbruch im Osten. S.35. In: Hochschule Ost. Leipzig Oktober 1991

- (22) Stefan Bollinger: Grundsatzentscheidung gegen Intellektuelle. Deutschland braucht die ostdeutschen SozialwissenschaftlerInnen. In: Linksnet. 29.07.19, S. 1
- (23) Thomas Sattelberger: Die Mauer muss weg. In: Managermagazin. Juni 2019, S. 50
- (24) Vgl. Klaus Schroeder: Das neue Deutschland: Warum nicht zusammenwächst, was zusammengehört. Berlin 2010, S. 221
- (25) Thomas Sattelberger: Die Mauer muss weg. In: Managermagazin. Juni 2019, S. 50
- (26) Vgl. Michael Hartmann: Der Mythos von den Leistungseliten: Spitzenkarrieren mit sozialer Herkunft in Wirtschaft, Politik, Justiz und Wissenschaft. Frankfurt am Main 2002; vgl. Michael Hartmann: Elitesoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main 2004
- (27) Raj Kollmorgen: Umbruch ohne Revolution? Beitritt statt Transformation? Zur Deutung des ostdeutschen Wandels seit 1989 im mitteleuropäischen Kontext. In: Berliner Debatte Initial 20, 2009 4, S. 94
- (28) Vgl. ebenda S. 94

Verfasser

Dr. Horst Poldrack

Chopinstrasse 3, 04103 Leipzig

E-Mail: pc.poldrack@web.de; Mobil: 0172 353 6724